

Bilingualität in Grundschulen

Plenarsitzung vom 23. Juni 2014

Der Oberrheinrat, im Rahmen seiner Plenarsitzung vom 23. Juni 2014 und auf Vorschlag der Kommission Kultur, Jugend, Ausbildung,

1. stellt fest, dass sich der Oberrheinrat mehrfach dafür eingesetzt hat, die Oberrheinregion zu einer zweisprachigen Region zu entwickeln, in der die Bevölkerung gleichzeitig die deutsche und französische Sprache beherrscht. Mit der Resolution des Oberrheinrates „Stand und Weiterentwicklung der Bilingualität Deutsch/Französisch in der Oberrheinregion“ vom 30. November 2012 wurden hierzu verschiedene Bausteine benannt, die notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Insbesondere wurde hierbei darauf hingewiesen, dass die Notwendigkeit besteht, möglichst früh die Sprachkompetenz in Französisch und Deutsch zu entwickeln.
2. hat daher auf der Grundlage eines Beschlusses vom 10. Juni 2013 gemeinsam mit dem Präsidenten der Oberrheinkonferenz, dem Städtenetz Oberrhein und den Eurodistrikten die Oberrhein-Charta zur Mehrsprachigkeit unterzeichnet und somit den Wunsch, die Bilingualität zu fördern, auf eine breite Basis gestellt,
3. weist darauf hin, dass in der Charta u.a. explizit als Maßnahmenpaket aufgeführt wird, dass in der Vor- und Grundschule möglichst alle Kinder am Oberrhein auf der Basis entsprechender Frühsprachprogramme alters-stufengerecht die Sprache des Nachbarn lernen sollten.
4. begrüßt daher verschiedene Aktivitäten auf kommunaler Ebene, welche die Bilingualität fördern. U.a. wurden entlang der Rheinschiene bereits seit mehreren Jahren erfolgreich bilinguale Züge in Grundschulen eingerichtet,
5. bedauert es daher, dass es Bestrebungen in den betreffenden Gebieten des Oberrheins gibt, bilinguale Züge an Grundschulen nicht weiterzuführen, beziehungsweise weiterhin zeitlich zu begrenzen,
6. betont, dass der Wegfall von zweisprachigen Zügen in Grundschulen einen Verlust für die Ausbildung der deutschen, französischen und schweizerischen Kinder darstellen würde, da die Zweisprachigkeit gerade im grenzüberschreitenden Oberrheingebiet einen erheblichen Vorteil in sämtlichen Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen bietet,
7. ist der Meinung, dass es zahlreiche erfolgreiche Beispiele gibt, wie die Grundschule Rastatt-Ottersdorf oder die Grundschule Delémont, die zeigen, dass zweisprachige Züge angenommen und gewünscht werden, dies gilt gleichermaßen für grenzüberschreitende Projekte zwischen Grundschulen, wie das Projekt „Ecoles voisines – Nachbarschulen“,
8. wünscht, dass bilinguale Züge dauerhaft in die Schulprofile von Grundschulen im Oberrheingebiet integriert werden, und spricht sich für eine entsprechende Überprüfung durch die jeweiligen Regierungen aus.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- die Landesregierung Baden-Württemberg
- die Landesregierung Rheinland-Pfalz

- die Regierung der Französischen Republik
- die Région Alsace, die Départements Haut-Rhin und Bas-Rhin
- das Rektorat der académie de Strasbourg
- die Nordwestschweizer Regierungskonferenz
- den Sprecher der Säule Politik der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (nachrichtlich)
- den EURODISTRICT REGIO PAMINA (nachrichtlich)